

## Integration

Wir haben das Privileg, in einem demokratischen, wirtschaftlich starken Land zu leben. Mit dem deutschen Pass geht nahezu unbeschränkte Reisefreiheit einher. Im Dreiländereck bereichern offene Grenzen, internationale Zusammenarbeit und persönliche Beziehungen unser Leben ganz konkret. Menschen, die aus nicht EU-Ländern zu uns kommen sehen sich dagegen mit zum Teil massiven Herausforderungen konfrontiert. Geflüchteten, Migrant\*innen und Menschen mit geringem Einkommen fällt es oft schwer, in Zittau und im Landkreis Wohnraum zu finden. Weiterhin sind nicht ausreichende Sprachkurse und Hürden bei Aufnahme von Beschäftigung ein großes Problem.

### **Werden Sie sich für die Zurverfügungstellung von preiswertem Wohnraum bei stadteigenen (Wohnbau-)Gesellschaften für Geflüchtete und Migrant\*innen einsetzen?**

Wir setzen uns für preiswerten Wohnraum für alle Menschen ein. In Zittau steht viel Wohnraum leer, den wir sinnvoll nutzen können. Wir befürworten es sehr, dass tschechische Staatsbürger\*innen in Zittau eine neue Heimat finden, wenn sie aufgrund der Mietsituation in Liberec keinen bezahlbaren Wohnraum in Tschechien finden.

Für uns gehört dazu auch, dass wir Geflüchteten und Migrant\*innen nicht zuletzt im Rahmen der dezentralen Unterbringung von Asylbewerber\*innen solche Wohnungen zur Verfügung stellen, weil wir finden, dass durch gleichmäßige Verteilung von Menschen aus verschiedenen Kulturen auf dem gesamten Stadtgebiet die Integration besser gelingen kann.

### **Eine Schwierigkeit bei der Wohnungssuche ist, dass die Mietkosten, die der Landkreis trägt (KdU), nicht überschritten werden dürfen. Wie stehen Sie zu einem geringfügigen Toleranzbereich für die KdU, da in der Praxis oft Wohnungsvermittlungen an Bedürftige an kleinsten Kostenüberschreitungen scheitern?**

Die KdU-Sätze für die Vermietung von Wohnraum sind im Landkreis leider häufig unrealistisch. So ist es kaum möglich, dass Vermieter eine ansprechende Wohnung anbieten können und diese nicht unzählige Mängel vorweist. Insbesondere für Großfamilien ist es zusätzlich schwer, große Wohnungen zu finden, die von den KdU-Sätzen gedeckt sind.

Auch aktuell ist es schon möglich, Wohnungen anzumieten, die teurer sind, wenn z.B. Bürgergeld-Empfänger\*innen zusätzlich den höheren Betrag selbst zahlen. Dies kann allerdings langfristig nicht die Möglichkeit sein, weshalb wir uns allgemein für eine Erhöhung der KdU-Sätze einsetzen. Dennoch kann ein Toleranzbereich ein erster Schritt in die richtige

Richtung sein. Langfristig müssen wir eine Erhöhung der Finanzierung für den Wohnbereich durch den Bund erreichen und wir werden dies auch innerparteilich thematisieren.

**Welche Möglichkeiten sehen Sie, mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Geflüchtete und Migrant\*innen zu schaffen?**

Den Fachkräftemangel können wir nur gemeinsam angehen. Deshalb möchten wir darauf hinwirken, dass es mehr Ansprechstellen in englischer Sprache gibt, um Migrant\*innen und Geflüchteten bei der schnellen Anerkennung ihrer Vorbildungen und Abschlüsse oder dem Finden einer Ausbildung zu helfen. Unser Ziel ist es, dass alle Migrant\*innen schnell in Arbeit kommen, um so die Integration zu erleichtern und die Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern.

Wir möchten außerdem in Zittau die Zusammenarbeit lokalen Unternehmen, Stadt und Bildungseinrichtungen stärken. Eine enge Verbindung zwischen Stadt, Schulen und der lokalen Wirtschaft fördert die Entwicklung qualifizierter Fachkräfte.

**Wie stehen Sie dazu, dass es in Zittau und auch im gesamten Landkreis zu wenige Sprachkurse (insb. B2) für Geflüchtete und Migrant\*innen gibt und welche Einflussmöglichkeiten sehen Sie, das Problem zu lösen?**

Es gibt zu wenige Sprachkurse und dies ist auf unterschiedlichen Ebenen ein Problem. Menschen können erst dann arbeiten, wenn sie die deutsche Sprache ausreichend beherrschen. Deshalb muss es unser Kernanliegen sein, dass alle Ankommenden die deutsche Sprache schnell erlernen.

Dafür braucht es zusätzliche finanzielle Mittel, aber auch Kreativität und neue Partnerschaften im Ehrenamt, um z.B. Lehrer\*innen im Ruhestand dazu zu bewegen, Sprachkurse in privaten Initiativen mit gesetzlichen Prüfungsmöglichkeiten zu geben.